

Kurzansprache von Bundesrat Kaspar
Villiger für die regionale Botschafter-
konferenz Gerzensee, 22.6.1990

Sicherheitspolitik und Innenpolitik

Werte Herren Kollegen Bundesräte,
Sehr geehrte Damen und Herren Botschafte-
rinnen und Botschafter,

I

Ich freue mich über die Gelegenheit, heute
abend hier an Ihrer regionalen Botschaf-
terkonferenz teilzunehmen. Die Gelegen-
heit zum Meinungsaustausch mit Fachleuten,
die die europäische Entwicklung im Ausland



miterleben und von dort her neue Beurteilungs-Gesichtspunkte einbringen, ist mir sehr wertvoll.

Die Umwälzungen des letzten Jahres haben deutlich gemacht, dass jahrzehntelange Unterdrückung nicht genügt hat, um in den mittel- und osteuropäischen Völkern den Willen zur Selbstbestimmung auszulöschen. Wo Freiheit, Demokratie und Menschenwürde bis vor kurzem noch Floskeln waren, ist ein beeindruckender Aufbruch zu neuen Formen der staatlichen Organisation und der internationalen Zusammenarbeit im Gange. Es besteht erstmals seit Jahrzehnten Grund zur Hoffnung, dass das Europa des Jahres 2000 besser sein wird

als das Europa des vergangenen kalten Krieges.

Andererseits gibt es aber nach wie vor gute Gründe für anhaltende Wachsamkeit. Sie als Spezialisten verfolgen aus der Nähe, mit welcher grossen Problemen die Umgestaltung von totalitären Herrschaftsformen in demokratische Strukturen verbunden ist. Sie wissen, dass zwischen den Erwartungen der mittel- und osteuropäischen Völker auf eine bessere Zukunft und den realen wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten dieser Länder noch immer eine grosse Kluft besteht. Die Ansätze zu demokratischen Institutionen sind zerbrechlich und werden mittelfristig noch harten Belastungsproben ausgesetzt werden.

Rückschläge sind nicht auszuschliessen:
Rumänien ist hier ein Beispiel, das uns zu
Recht nachdenklich stimmt. Und die öst-
liche Supermacht, die Sowjetunion, bleibt
ein Problemfall erster Ordnung: Sollte
sich die Desintegration der sowjetischen
Gesellschaft und der sich anbahnende
Zerfall des Kolonialreichs fortsetzen, ist
mit gefährlichen Spannungen zu rechnen.
Der Untergang einer Grossmacht ist bisher
in der Geschichte noch nie über die Bühne
gegangen, ohne dass nicht auch die übrige
Welt dadurch erschüttert worden wäre.

II

Das Problem derartiger Analysen ist, dass sie auf den Kreis der Fachspezialisten beschränkt bleiben. In unserer kurzlebigen, von Tagesaktualitäten bestimmten Zeit nimmt die breitere Bevölkerung die diskreten Anzeichen und Signale kritischer Entwicklungen kaum wahr.

Unsere Medien feiern heute, sicher zu Recht, den Aufbruch zu einem neuen Zeitalter west-östlicher Verständigung, wo die Hoffnung auf einen positiven Wandel klar dominiert. Das ist auch gut so. Die zahlreichen Schwierigkeiten, die es auf dem Weg zu einem gesamteuropäischen Ausgleich zu überwinden gilt, machen diese

Hoffnung dringend nötig. Wenn die Hoffnung fehlt, fehlen auch die Kraft und Ausdauer, die langen Durststrecken bis zum Erfolg durchzustehen.

Die Schweiz hat gegenüber dem Wandel im Osten eine besondere Verantwortung. Wir haben viel zu geben: Erfahrung im Umgang mit Demokratie, Erfahrung im Umgang mit Minderheiten, Kulturen und Sprachen, Erfahrung mit Marktwirtschaft und internationaler Zusammenarbeit. Diese Erfahrungen werden heute in Mittel- und Osteuropa ganz besonders gebraucht.

Wir Schweizer müssen deshalb im Rahmen der Möglichkeiten eines neutralen Kleinstaates dazu beitragen, dass der Friede in Europa

inskünftig anders gesichert wird, als durch die gegenseitige Abschreckung und Vergeltungsdrohung der Supermächte, als mit kampfbereiten Heeren und immer ausgeklügelteren Angriffswaffen.

Der Bundesrat will auf sicherheitspolitischem Gebiet eine aktivere Europapolitik betreiben. Wir müssen ein Denken fördern, das die eigene Sicherheit im Zusammenhang mit der Sicherheit aller anderen Staaten sieht.

Wir müssen ein Denken fördern, das darauf ausgerichtet ist, die Ursachen möglicher Konflikte zu beseitigen. Es geht darum, in ganz Europa möglichst stabile

demokratische Verhältnisse und einen ausreichenden wirtschaftlichen Wohlstand zu verwirklichen.

Es ist deshalb alles andere als eine Floskel, wenn wir inskünftig der Sicherheitspolitik stärker als bisher auch neue Dimensionen geben wollen. Es geht darum, die Aussen-, die Aussenwirtschafts- und die Verteidigungspolitik gemeinsam in den Dienst einer aktiven, auf Europa ausgerichteten Sicherheitspolitik zu stellen. Eine verstärkte Kooperation im wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Bereich soll unsere Sicherheitspolitik abrunden und wirkungsvoller gestalten.

Unser Ziel ist eine neue europäische Sicherheitsordnung, die sich auf Mechanismen der Zusammenarbeit und der Vertrauensbildung abstützt und in der allfällige Konflikte friedlich geregelt werden können. Auch eine solche europäische Sicherheitsordnung beruht zwar immer noch auf Streitkräften, allerdings auf niedrigerem Niveau. Sie soll aber auf ausgeprägte Defensivdoktrinen abgestützt werden. Ein System von Kontrollen und vertrauensbildenden Massnahmen soll dafür sorgen, dass die Möglichkeit von Rückschlägen möglichst klein gehalten wird.

III

Wenn wir auf diese "Karte der Hoffnung" setzen, dürfen wir dies allerdings nicht in Naivität tun. Unsere Verteidigungsfähigkeit muss auch in einer neuen europäischen Sicherheitsordnung konsequent aufrecht erhalten werden.

Wir können uns nicht leisten, die Anzeichen krisenhafter Entwicklungen zu übersehen. Auch wenn breite Kreise, namentlich der Medien, heute eine heile Welt und eine konfliktfreie Zukunft beschwören: als diejenigen, die für die Sicherheitspolitik dieses Landes verantwortlich sind, müssen wir auch gegen den Trend eine nüchterne Politik verfolgen und durchsetzen.

Natürlich werden wir Auftrag und Rolle unserer Armee den neuen Verhältnissen anpassen müssen. Sie wissen, dass ich ein umfangreiches Reformprojekt "Armee 95" in Angriff genommen habe. Dieses bezweckt, unsere Verbände kleiner und flexibler zu gestalten, sie aber gleichzeitig mit verstärkter Feuerkraft zu versehen. Sie sollen schneller auf sich verändernde Situationen antworten können. Gleichzeitig will man auch den Anforderungen unserer zivilen Umwelt, namentlich der Einbettung in eine immer komplexer werdende Volkswirtschaft, Rechnung tragen.

IV

Diese Neuausrichtungen der schweizerischen Sicherheitspolitik und des Armeeleitbildes fallen in eine Zeit, die innenpolitisch von Verunsicherung geprägt ist. Dies macht unsere Aufgabe nicht leichter.

Es ist verständlich, dass die tiefgreifenden Umwälzungen in Europa auch an unserem Volk nicht spurlos vorübergehen. Die Änderungen im Osten, aber auch die Entwicklung in der westeuropäischen Integration haben unser Land vielleicht mehr erschüttert, als man auf den ersten Blick gewahr wird. Hinzu kommt, dass auch bei uns das Vertrauen in die Institutionen aufgrund verschiedener Vorfälle

angeritzt ist, ausgerechnet in einem Moment, wo politische Führung so dringend not täte.

Der Schweizer Bürger sieht sich heute mit Problemen konfrontiert, deren Komplexität das Fassungsvermögen und das Verständnis vieler zu übersteigen droht. Wer kann schon von sich behaupten, er durchschaue alle Probleme einer modernen Gesellschaft: den Umweltschutz, die Verkehrs- und Energiepolitik, die Sozialversicherung, die Finanzpolitik, die Wirtschaftsgesetzgebung, die internationale Verschuldungsproblematik usw.? Diese komplizierten und untereinander vernetzten Fragen werden zum Tummelfeld von Experten, die überdies häufig unter sich uneins sind. Dem

Bürger, der bei uns in politischen Entscheidungen immer noch das letzte Wort hat, fehlt die Orientierung. Er ist nicht mehr in der Lage, sich ein eigenes Urteil zu bilden, sondern bleibt auf das Urteil anderer angewiesen. Dies aber setzt Vertrauen in die andern voraus, ein Vertrauen, das wegen der Uneinigkeit von Experten und Politikern erschüttert ist. Die Folge ist eine Moratoriumshaltung, die aus Angst vor der Zukunft konstruktive Lösungen verweigert.

Mit Verunsicherung und Verweigerung einher geht eine wachsende Polarisierung unserer Gesellschaft. Die innere Distanz zwischen Jung und Alt, zwischen Land und städtischer Agglomeration, zwischen den

*führt in fundam. Ideologie,
die vermeintl. Sicherheit
schafft.*

verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen scheint zu wachsen.

Wir stellen fest, dass unsere auf Konsens ausgerichtete politische Kultur da und dort in Frage gestellt ist. Demokratisch getroffene Entscheide werden nicht mehr ohne weiteres akzeptiert. Die Rechtsordnung wird unter Berufung auf eine sogenannte politische Legitimation gebrochen. Die Aggressivität in der politischen Auseinandersetzung nimmt zu und verunmöglicht immer mehr die Suche nach allgemein tragfähigen Kompromissen.

Das EMD und die Armee bekommen die heutige Orientierungslosigkeit und die Ansätze zur Infragestellung unserer politischen Kultur

ganz besonders zu spüren. Das Vertrauen in unsere militärischen Sicherheitsexperten ist erschüttert. Wer heute zur Besonnenheit und Wachsamkeit mahnt, läuft Gefahr, als Betonkopf denunziert zu werden.

Teilweise handelt es sich bei der Armeekritik auch um Folgen der Abstimmung vom 26. November 1989. Die 35,6 Prozent der Stimmbürger, die gegen die Armee gestimmt haben, sind anscheinend ein Prozentsatz, der als Stimmenpotential für Pressure-Groups interessant ist. Vorher waren armeekritische Gruppierungen nie so sicher, ob man mit übertriebener Armeekritik nicht auch die eigenen Anhänger vergraule. Jetzt ist der Damm gebrochen.

Man wird sich damit abfinden müssen, dass das EMD unter Dauerbeschuss bleiben wird, was immer es auch tue.

Ich bin der erste, der bereit ist, aus einem veränderten internationalen Umfeld Konsequenzen für das Management meines Departements und für das neue Armeeleitbild zu ziehen. Für mich steht fest, dass die Rüstungsausgaben der Schweiz heute real eingefroren werden müssen. Für mich steht ebenfalls fest, dass wir die vorgesehene Umstrukturierung der Armee beschleunigen und rasch in sichtbare Massnahmen umsetzen müssen.

Aber ich kann nicht akzeptieren, wenn die von einer klaren Mehrheit des Volkes

befürwortete Landesverteidigung geschwächt wird, indem man der Armee die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ausrüstungen vorenthält. Der Bundesrat darf und will es sich nicht leisten, in dieser Zeit der Verunsicherung als oberstes Führungsorgan auch noch Zeichen der Unentschlossenheit und Schwäche auszusenden.

v

Ich komme zum Schluss. Die Verunsicherung, von der unser Land heute heimgesucht wird, wird auch im Ausland wahrgenommen. Dies trägt sicher nicht dazu bei, unsere Stellung in den verschiedenen wichtigen

Verhandlungen zu stärken, die wir in den nächsten Monaten und Jahren mit unsern europäischen Partnern werden führen müssen. Es besteht die Gefahr, dass wir uns selber den Ast absägen, auf dem wir sitzen.

Ich bin mir bewusst, dass Sie als Botschafterinnen und Botschafter unseres Landes nicht allein unser Image im Ausland verbessern können. Aber Ihnen fällt die sehr wichtige Aufgabe zu, soweit als möglich zur Stärkung unserer Stellung in Ihren Gastländern beizutragen, indem Sie verzerrten Darstellungen - und wenn diese von eidgenössischen Parlamentariern mit Professorentiteln stammen - ein anderes Bild unserer Schweiz entgegenstellen und

in Ihrer täglichen Arbeit bekräftigen: Das Bild eines Landes, das nach wie vor gewillt ist, selbstbewusst und eigenständig für sich zu sorgen und gleichzeitig einen Beitrag an ein friedliches, demokratisches und starkes Europa zu leisten. Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz und wünsche Ihnen dabei viel Erfolg.